

**2.**  
**DIE GRENZEN**  
**MARKTKONFORMER**  
**STEUERUNGSINSTRUMENTE**

*Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe,  
und uns fällt nichts anderes ein als Marktlösungen.  
(Elmar Altvater)*

## **Ökosteuern und Zertifikatehandel**

Im Folgenden will ich die Möglichkeiten und Grenzen finanzieller Anreize (verschiedener Modelle von Ökosteuern, Zertifikatehandel) näher betrachten. Das Beurteilungskriterium wird hierbei jedoch sein müssen, ob diese Instrumente den Ressourcenverbrauch tatsächlich in dem Umfang reduzieren können, wie es bisher als notwendig dargestellt wurde, und ob sie mit dem notwendigen Schrumpfungsprozess der Ökonomie vereinbar sind.

Zweifelhaft erscheint mir allerdings bereits die Begründung für den Ansatz, Ressourcenverbrauch und Verschmutzung dadurch zu verteuern, dass man durch Steuern, Abgaben und Zertifikate die Preisbildung beeinflusst. Preise, so heißt es, müssten „die ökologische Wahrheit“ sagen, bis jetzt externalisierte Kosten müssten internalisiert werden, sodass die Preise eben diese Kosten widerspiegeln. Wie aber kann die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen weltweit überhaupt sinnvoll quantifiziert werden? Mit welchem Preisschild kann ich ein Menschenleben versehen? Alle Theorien der Preisbildung, wie etwa Eugen Böhm-Bawerks „Grenznutzenlehre“, werden schlicht absurd, wenn es nicht mehr um Waren im herkömmlichen Sinn, um meine subjektive Präferenz als Konsument, sondern um unsere Existenzgrundlagen überhaupt geht. Man sollte deshalb auf die Emphase solcher Begründungen ehrlicherweise verzichten. Darüber hinaus sollte man sich der Problematik bewusst sein, dass etwa die Vergabe von Verschmutzungsrechten natürliche Umweltgüter, die bis dahin für alle frei verfügbar waren, nun zur Ware macht, in den kapitalistischen In-Wert-Setzungsprozess mit einbezieht und seiner Verwertungslogik unterwirft. Auf diese Weise kann selbst noch die Zerstörung der Natur zu einem Geschäftsmodell gemacht werden.

Über die Beeinflussung der Preisbildung Naturverbrauch in den Griff zu bekommen erweist sich bereits deshalb als kaum gangbarer Weg, weil wir es mit einer Vielzahl von Zerstörungsprozessen, mit einer Vielzahl von knappen Ressourcen, u. ä. zu tun haben. Die Beschränkung auf den Kohlendioxidausstoß allein etwa erfasst davon nur einen – wenn auch wichtigen – Ausschnitt und ist weit davon entfernt, die Übernutzung unserer Ressourcen sowie die Überstrapazierung der Tragfähigkeit unserer Ökosysteme insgesamt auch nur annähernd abzubilden. Neben der Verbrennung von fossilen Brennstoffen müssten Flächenversiegelung, Wasserverbrauch, Übernutzung von Böden, eine Vielzahl von nicht erneuerbaren mineralischen Ressourcen, Abgaben auf verschiedene Arten schädlicher Emissionen, die Erfassung sämtlicher Folgekosten der Förderung, des Recyclings und der Entsorgung, der in importierten Gütern enthaltene Umweltverbrauch, usw. berücksichtigt werden. Die Folge wäre ein wahrer Dschungel an Steuern, Abgaben, Zöllen ... Protagonisten von Ökosteuern

plädieren deshalb für die pragmatische Lösung der Beschränkung der Besteuerung des Umweltverbrauchs auf wenige zentrale Faktoren.

In Deutschland setzen sich einflussreiche Organisationen und Institutionen wie etwa der mitgliederstärkste Umweltverband, der BUND, und das Wuppertal Institut, für Ökosteuern als zentrales Instrument des ökologischen Umbaus ein. Sie soll im Sinne gesellschaftlicher Liberalität ökologisch verträglichere Lebensstile erleichtern. Angelika Zahrnt und Irmi Seidl<sup>1</sup>, zwei wichtige Protagonistinnen des BUND, stellen darüber hinaus Überlegungen an, wie man bestimmte Institutionen und Bereiche unserer Gesellschaft wie etwa das Gesundheits- und das Rentensystem, die sozialen Sicherungssysteme insgesamt, Steuern, den Staatshaushalt, usw. wachstumsunabhängiger gestalten kann. Sie zielen aber nicht auf einen bewussten Rückbau wirtschaftlicher Aktivität ab, unterstellen stillschweigend die Möglichkeit der „Entkoppelung“ und weichen beharrlich der Frage aus, ob und in welchem Maß diese überhaupt möglich ist.

Erklärtes Ziel der Befürworter einer ökologischen Steuerreform ist es allerdings, dass Wohlstand und Wachstum dadurch nicht gefährdet werden dürften. So etwa wirbt Rainer Loske, ein Mitautor der Studie *Zukunftsfähiges Deutschland*, damit, dass ein Land „durch eine klug dimensionierte ökologische Steuerreform auch ökonomisch, also monetär, reicher werden kann“<sup>2</sup>. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) kam in einer Studie über die Auswirkungen einer nur national erhobenen ökologischen Energiesteuer zum Schluss, dass der Volkswirtschaft daraus kein Nachteil erwachse, „dass der notwendige Strukturwandel ohne Beeinträchtigung von wirtschaftlichem Wachstum und Wohlfahrt herbeigeführt werden kann“<sup>3</sup>. Wenn jedoch unser oben dargestellter Befund stimmt, dass aufgrund der beschränkten Potenziale der Steigerungen der Ressourceneffizienz und der Substitution fossiler durch erneuerbare Energiequellen eine insgesamt schmalere Ressourcenbasis zur Verfügung steht und ein Schrumpfungsprozess unvermeidlich ist, dann heißt das: Gemessen an dieser Notwendigkeit sind Ökosteuern nach Auskunft ihrer Protagonisten selbst ökologisch wirkungslos. Sollten sie in einem solchen Ausmaß erhoben werden, dass sie tatsächlich den Verbrauch verringern, dann würden sie zwangsläufig das Wirtschaftswachstum drosseln. Wer meint, durch Ökosteuern den Energie- und Ressourcendurchsatz im Maße des ökologisch Notwendigen reduzieren zu können, der unterstellt, dass dies durch Effizienzsteigerungen ohne Reduzierung des absoluten Verbrauchs möglich ist. Nach unserer obigen Analyse ist dies jedoch eine völlig falsche Voraussetzung. Man kann eben nicht beides zugleich haben: den erwünschten ökologischen Effekt und weiteres Wirtschaftswachstum sowie den Erhalt unseres „Wohlstands“. Den redlicheren unter den Befürwortern von Ökosteuern als zentralem Lenkungsinstrument ist dies auch bewusst, und sie gestehen es offen ein. So etwa diskutiert Franz Groll ein Konzept von Ressourcensteuern im Sinne eines Nutzungsentgelts für alle Rohstoffe. Die Betriebe bekämen dadurch einen Anreiz, Ressourcen rationaler einzusetzen, neue Verfahren, Materialien und Produkte zu entwickeln, die ihnen dann einen entsprechenden Wettbewerbsvorteil verschaffen würden. Das heißt aber im Klartext: Diese Ressourcensteuer wirkt nur in dem Maße, in dem Effizienzsteigerungen allein durch Einsatz einer besseren Technik und die Freisetzung von „Kreativität“ zu erzielen sind. Groll plädiert nun dafür, die Einnahmen aus dieser Besteuerung im Sinne des „tax and share“ den Betrieben bzw. den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt wieder zurückzugeben. Dies kann entweder in Form der Entlastung der Lohnnebenkosten durch Senkung der Sozialbeiträge oder in Form des in der Schweiz bereits eingeführten „Bürgergeldes“ geschehen. Groll diskutiert nun die beiden Varianten und plädiert aufgrund der besseren Effekte im Hinblick auf die soziale Umverteilung für zweite Möglichkeit. Die

---

<sup>1</sup> Irmi Seidl / Angelika Zahrnt (Hg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*, Metropolis-Verlag, Marburg 2010.

<sup>2</sup> BUND / Misereor (Hg.), *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima – Umwelt – Energie*, Birkhäuser, Basel 1996, S. 186.

<sup>3</sup> DIW, *Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform*, Berlin 1994, S. 18.

positiven Effekte dieser Art von Ressourcensteuer, die Groll auflistet, scheinen mir in mancher Hinsicht widersprüchlich und nicht plausibel zu sein. Das soll aber an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Entlarvend ist seine Replik auf den Einwand, dass auf diesem Weg keinesfalls die notwendigen Klimaziele erreicht werden könnten. Bei Groll klingt diese eher wie eine Trotzreaktion: „Die Gegenseite lehnt den ‚Green new Deal‘ ab, weil ihr klar ist, dass dieser Weg letztendlich auch nicht zum unabwendbaren Klimaschutzziel mit einem Jährlichen Ausstoß von 2 t CO<sub>2</sub> pro Person führt. Sie fordern deshalb das Ende des wirtschaftlichen Wachstums. Sie stören sich daran, dass die Methode des ‚Green new Deal‘ (zunächst) sogar zu wirtschaftlichem Wachstum führen wird. [...] Den fundamentalistischen Wachstumskritikern möchte ich aber sagen, dass wir das 2 t-Ziel allein durch Suffizienz und wirtschaftliche Schrumpfung *auch nicht erreichen*.“<sup>4</sup> Die Begründung hierfür bleibt er allerdings schuldig.

Groll schlägt nun als konkrete Umsetzung einer Ressourcensteuer die Einführung eines Energieressourcengeldes (ERG) als Parallelwährung vor: Neben der gängigen Landeswährung (Euro, Schweizer Franken ...) sollen alle Waren ein zweites Preisschild bekommen, das die mit ihrer Produktion verbundenen Energieressourcen sowie den Kohlendioxid-Ausstoß abbildet. Die Waren müssten sowohl in der gültigen Landeswährung als auch zusätzlich in ERG bezahlt werden, wobei die stetige Verknappung des ausgegebenen ERG eine kontinuierliche Ressourcenreduktion bewirken soll. ERG und Landeswährung sollen zudem zu einem bestimmten Kurs miteinander verrechnet werden können. Das habe Groll zufolge einen erwünschten Umverteilungseffekt: Ärmere Bevölkerungsschichten, die aufgrund ihres geringeren Geldvermögens auch das ihnen zugewiesene ERG nicht in vollem Umfang ausgeben können, könnten damit bei reicheren Bevölkerungsschichten durch den Verkauf des ERG zusätzliches Einkommen in der Landeswährung erzielen. Die Frage, was man mit den zusätzlichen Euros bzw. Schweizer Franken dann eigentlich anfängt, wenn man das darüber hinaus benötigte ERG genau hierfür veräußert hat, beantwortet Groll nicht. Letztlich läuft sein Vorschlag darauf hinaus, dass allein das ERG über die Kaufkraft entscheidet und das Geld bedeutungslos wird. Befremdlich finde ich es auch, dass mit dem Berechnungsaufwand für das ERG ein bürokratisches Monster in die Welt gesetzt wird, das alles in den Schatten stellt, was man sozialistischen Planungsbükratien landläufig vorwirft. Ohne in die Detaildiskussion dieses Konzeptes hier einzusteigen, möchte ich an diesem Beispiel nur einen Gesichtspunkt nochmals hervorheben: Groll stellt selbst die Frage: „Ist es möglich, dass durch die stetige und zügige Reduzierung des ERG die Wirtschaft abgewürgt wird?“ Seine Antwort lautet: „Diese Gefahr besteht, aber nur dann, wenn das ERG schneller reduziert wird, als sich die Wirtschaft auf energiesparende Produkte und Verfahren umstellen kann.“<sup>5</sup> Seine unausgesprochene Hintergrundannahme lautet demnach: Das ERG darf nur in dem Maße verknappt werden, in dem die Unternehmen durch „kreative“ Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen ihren Ressourcendurchsatz reduzieren können. Groll ist aber immerhin redlich genug zuzugestehen: „Wenn aber die technischen Möglichkeiten der Energie- und Ressourceneinsparung weitgehend ausgeschöpft sind, dann wird es kein wirtschaftliches Wachstum mehr geben.“<sup>6</sup> Konsequenterweise diskutiert er dann die Möglichkeit einer schrumpfenden Wirtschaft, was uns weiter unten noch beschäftigen wird (S. ■).

Die beschränkte Wirksamkeit von Ökosteuern lässt sich auch empirisch nachvollziehen. In Deutschland etwa fand die umfassendste ökologische Steuerreform in den Jahren 1999 bis 2003 unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen statt.

---

<sup>4</sup> Franz Groll, *Der Weg zur zukunftsfähigen Gesellschaft. Die solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Alternative zum Kapitalismus*, VSA Verlag, Hamburg 2013, S. 34; Hervorhebung von mir.

<sup>5</sup> Ebd., S. 48. Zur Darstellung des Modells insgesamt vgl. ebd., S. 35–52.

<sup>6</sup> So wörtlich in: Franz Groll, „Was kann, darf, muss wachsen, wenn der Ressourcenverbrauch stark zurückgehen muss?“, in: [www.franzgroll.de](http://www.franzgroll.de), S. 6 (aufgerufen am 6. 2. 2019).

Diesel, Benzin, Heizöl, Gas und Strom wurden mit einer entsprechenden Verbrauchssteuer belastet. Der Kraftstoffverbrauch ging in diesem Zeitraum tatsächlich um 7 Prozent zurück, der Stromverbrauch sank um 0,7 Prozent und der Verbrauch an Raumwärme um 1,1 Prozent. Allerdings wiesen viele Analysten darauf hin, dass diese äußerst bescheidenen Reduktionen auf ganz andere Faktoren zurückzuführen seien, wie etwa auf den gestiegenen Rohölpreis, den hohen Dollarkurs und Effizienzsteigerungen im Fahrzeugbereich. Ökosteuern in den damaligen Größenordnungen (etwa ein Aufschlag auf den Strompreis um 2,05 Cent, auf Erdgas um 0,16 Cent, eine Erhöhung der Kraftstoffpreise um 1 Prozent ...) haben allenfalls eine symbolische Wirkung.<sup>7</sup>

Das damalige Modell von Ökosteuern offenbart zudem ein spezifisches Dilemma: Mit den Einnahmen aus den Ökosteuern wollte man die Rentenkassen füllen. Das führt aber zum *Widerspruch zwischen der erwünschten Lenkungswirkung* (Reduktion des Verbrauchs) *und der* ebenso erwünschten *fiskalischen Wirkung* (Mehreinnahmen zur Gegenfinanzierung der Rentenkasse): Die Mehreinnahmen, die man zu erzielen hofft, setzen ja einen entsprechenden Verbrauch an den besteuerten Energieressourcen voraus bzw. setzen dessen Reduzierung enge Grenzen!

Wenn Ökosteuern als indirekte Steuern erhoben werden, also als Verbrauchssteuern, die für die Endverbraucher eingepreist sind, dann ergibt sich ein weiteres Dilemma: Sie sind tendenziell sozial ungerecht, weil sie alle unabhängig vom Einkommen gleichermaßen betreffen und nicht etwa, wie die Lohn- und Einkommenssteuern, einer Progression unterworfen sind. Sind die Steuersätze zu niedrig, so bewirken sie nichts, sind sie aber so hoch, dass eine echte Lenkungswirkung von ihnen ausgeht, dann vertiefen sie die soziale Kluft. Gerade für die ärmeren Bevölkerungsschichten, die geringe Spielräume haben, um ihr Konsumverhalten zu ändern, ist dies ein fataler Effekt. Diesem Dilemma zu entgehen beanspruchen nun die unterschiedlichen Modelle von „tax and share“. Sie gehen vom – zweifellos richtigen – Befund aus, dass der Umweltverbrauch direkt proportional zum Einkommen ansteigt. Wenn man nun die Einnahmen aus den Ökosteuern jedem Bürger in Form eines für alle gleichen Anteils („Öko-Bonus“) zurückerstattet, dann ergibt sich daraus ein Umverteilungseffekt. In diesem Sinne hat etwa die Schweiz eine Lenkungsabgabe auf fossile Brennstoffe eingeführt, deren Einnahmen zu einem gleichen Anteil wiederum an alle Bürger ausgeschüttet werden. Scheinbar schlägt man so zwei Fliegen mit einer Klappe: Man reduziert den Umweltverbrauch und sorgt gleichzeitig für eine gerechtere Einkommensverteilung. Doch ein wirklich spürbarer Umverteilungseffekt setzt ja voraus, dass die Einnahmen aus der Steuer nicht drastisch sinken, dass also der Umweltverbrauch nicht allzu sehr zurückgeht. Und der Öko-Bonus, den ärmere Schichten zunächst aufgrund ihres geringeren Verbrauchs erzielen, der aber auch für die reicheren Schichten den Effekt der Steuer abmildert, steht für Konsumausgaben zur Verfügung, die an anderer Stelle für verstärkten Umweltverbrauch sorgen können. Wenn die Einnahmen aus Ökosteuern den Bürgern an anderer Stelle wieder zurückgegeben werden, egal, ob nun in Form eines „Öko-Bonus“ oder etwa der Reduzierung von Sozialbeiträgen oder Einkommenssteuern, dann entgehen sie dem Dilemma nicht, das Saral Sarkar folgendermaßen beschrieben hat: „Wenn aber beispielsweise die AutobesitzerInnen das Geld, welches sie wegen einer erhöhten Mineralölsteuer an den Staat zahlen mussten, etwa durch eine Herabsetzung der Beiträge für die Sozialversicherung und/oder der Einkommenssteuersätze zurückbekommen, brauchen sie das Autofahren überhaupt nicht einzuschränken. Das genau war der Fall im Jahre 2000 in Deutschland.“<sup>8</sup>

Die an sich dringend gebotene soziale Umverteilung, die übrigens auch für die Akzeptanz der nötigen ökologischen Transformation der Gesellschaft ausschlaggebend sein wird, ist viel zielsicherer auf

---

<sup>7</sup> Vgl. Ulrich Schachtschneider, *Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit dem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle*, oekom, Hamburg 2014, S. 31–33.

<sup>8</sup> Saral Sarkar, *Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen*, Rotpunkt, Zürich 2001, S. 253.

direktem Wege, durch eine entsprechende Änderung des Steuersystems, durch Einführung von Vermögenssteuern und -abgaben, durch eine entsprechend hohe Erbschaftssteuer, usw. zu erreichen als auf diesem indirekten Wege. Und dasselbe gilt für das ökologische Umsteuern der Ökonomie: Eine zielgenaue Reduzierung des Ressourcenverbrauchs durch vor allem ordnungspolitische Maßnahmen ist dem Setzen auf die Effekte einer Verteuerung des Ressourcenverbrauchs, die immer erst im Nachhinein festzustellen sind, vorzuziehen.

Ulrich Schachtschneider entwickelt aus dem Gedanken des „tax and share“ das Modell eines „Ökologischen Grundeinkommens“. Neben der bereits benannten Schwierigkeit, die einen echten Lenkungseffekt als fraglich erscheinen lässt, handelt sich Schachtschneider damit natürlich auch alle mit einem „Bedingungslosen Grundeinkommen“ an sich verbundenen Widersprüche ein, auf die ich weiter unten noch ausführlicher zu sprechen komme (S. ■). In seinem Buch gibt er in dankenswerter Offenheit das Motiv für diesen Ansatz preis: die Wahrung der Freiheit der individuellen Lebensstile. Während ordnungspolitische Maßnahmen für ihn – unabhängig davon, wie sie zustande kommen, unabhängig von ihrer demokratischen Legitimation – einen unzulässigen Autoritarismus darstellen, lässt sein Modell dem Einzelnen den individuellen Spielraum dafür, wie er mit der geringeren Menge an Ressourcen, die ihm zur Verfügung stehen, umgeht, welche Konsumwünsche er sich versagt und welche er sich im Gegenzug erfüllt: „Von welchem Standpunkt aus aber kann welcher Lebensstil untersagt bzw. gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann dies nur über den Preis von Umweltnutzungen gehen. Nur er ermöglicht den Individuen eine der Modernen angemessenen Handlungsfreiheit und kann gleichzeitig eine Grenze seines Gesamt-Umweltverbrauches setzen.“<sup>9</sup> Diese Formulierungen scheinen mir zunächst eine erschreckende Banalisierung des Freiheitsbegriffs zu verraten, der auf den Maßstab der Konsumgewohnheiten der reichen Industrieländer zurechtgestutzt wird. Das Subjekt, das sein Dasein in Freiheit und entsprechender sittlicher Verantwortung entwirft, wird hier auf den eindimensionalen Begriff des Konsumenten und seiner entfremdeten Konsumpräferenzen reduziert. Doch mir scheint hier darüber hinaus ein entscheidender Denkfehler vorzuliegen: Die *Voraussetzungen* für die Erfüllung unterschiedlicher Konsumwünsche, etwa einer Kreuzfahrt, der Sportfliegerei, bestimmter Konsumgüter, usw., sind ja nicht einfach „vorhanden“. Sie müssen *von der Gesellschaft bereitgestellt* werden. Die Individualisierung des Problems durch Schachtschneider führt in die Irre: Am Ende muss doch ein politischer Aushandlungsprozess darüber befinden, für welche Konsumwünsche die Gesellschaft als ganze eine entsprechende Infrastruktur schafft, ob sie etwa die knapper werdenden Ressourcen tatsächlich in das Anlegen von Sportflughäfen und in das Bauen von Kreuzfahrtschiffen investieren will oder ob sie nicht anderes für dringlicher hält. Aus der gesellschaftlichen Aufgabe, knappe Ressourcen sinnvoll und gerecht zu verteilen, werden wir uns nicht unter Berufung auf individuelle Lebensstile herausstellen können.

Im Hinblick auf die auf dem Weltmarkt gehandelten fossilen Energieträger, allen voran das Erdöl, weist der Osnabrücker Ökonom Mohssen Massarrat in zahlreichen Veröffentlichungen schon lange auf ein ganz entscheidendes Dilemma hin, wenn man versucht, einseitig an der Nachfrageseite anzusetzen und durch Instrumente wie Ökosteuern oder auch Zertifikatehandel den Verbrauch zu reduzieren. Sollte dies nämlich tatsächlich gelingen, so können diese Maßnahmen sofort wiederum durch das Sinken der Welthandelspreise unterlaufen werden. Massarrat verweist darauf, dass essenzielle endliche Rohstoffe nicht der üblichen Marktlogik folgen und dass im Gegensatz zu anderen Waren hier extrem langfristige Erwägungen eine Rolle spielen. Entscheidend ist hier die sogenannte

---

<sup>9</sup> Ulrich Schachtschneider, *Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit dem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle*, oekom verlag, Hamburg 2014, S. 40–41.

„Hotelling-Regel“, die Harald Hotelling bereits im Jahr 1931 formuliert hat: Wird die Steigerungsrate des Wertes einer Ressource höher eingeschätzt als die Rendite auf den Finanzmärkten, dann reduzieren die Anbieter das Angebot tendenziell. Umgekehrt müssten die Anbieter ein durch Steuer- oder andere Maßnahmen erreichtes Absinken der Nachfrage auf dem Weltmarkt aus ihrer Perspektive als Signal für eine langfristige Enteignung werten! Sie werden darauf mit einer beschleunigten Extraktion dieser Ressource reagieren, das Angebot dadurch steigern und damit den Preis der Ressource senken. Der die Nachfrage drosselnde Effekt von Ökosteuern könnte auf diese Weise konterkariert werden. Es könnte so zu der paradoxen Situation kommen, dass – vermeintlich „marktkonforme“ – Klimaschutzmaßnahmen den Klimawandel beschleunigen.<sup>10</sup>

Diese grundsätzliche Kritik am Versuch der Lenkung durch finanzielle Anreize wie Ökosteuern bedeutet allerdings nicht, dass er in manchen Teilbereichen nicht sinnvoll sein kann, weil zurzeit keine anderen, effektiveren Lenkungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Als genereller Ansatz aber ist dieser Weg untauglich, um die nötige ökologische Transformation zu befördern.

Das prominenteste „marktbasierte Instrument“ zur Reduzierung der Treibhausgase ist der auf der Klimavertragsstaatenkonferenz in Kyoto im Jahr 1997 beschlossene Handel mit Verschmutzungsrechten. Auch nachdem die USA die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls verweigern, hält die EU an der Idee fest und etabliert ab dem Jahr 2003 ihr eigenes System des Kohlendioxid-Zertifikatehandels. Andere Länder, wie etwa die Schweiz, folgten später diesem Vorbild. Ab 2020 soll in China die Energiewirtschaft in den Emissionshandel einbezogen werden. Insgesamt etwa 11.000 Anlagebetreibern wurden im Rahmen des *European Union Emissions Trading System* (ETS) Verschmutzungsrechte zunächst kostenlos zugeteilt. Die Grundidee des Systems ist es, dass ein immer größerer Teil der handelbaren Verschmutzungsrechte versteigert wird, dass die Anlagenbetreiber also zum aktuellen Börsenwert Zertifikate erwerben müssen. Eine kontinuierliche Verknappung („cap“) soll dann für einen entsprechenden Preisanstieg und somit für einen Anreiz zur Reduktion der Emissionen sorgen. Dass das System bis heute überhaupt nicht im Sinne dieses Zieles funktioniert hat, liegt zunächst an den unzulänglichen politischen Vorgaben. Ab dem Jahr 2007 wollte man ursprünglich festlegen, dass 100 Prozent der Zertifikate ersteigert werden müssen, was vor allem auf Druck deutscher Konzerne verhindert wurde. 90 Prozent der Emissionsrechte werden weiterhin kostenlos ausgegeben. Nicht zuletzt aufgrund eines anderen in Kyoto eingeführten Instruments, des „Grünen Entwicklungsmechanismus“, wurde die ursprünglich beabsichtigte Wirkung des Zertifikatehandels unterminiert. Unternehmen können nun dadurch zusätzliche Emissionsrechte erwerben, dass sie sehr kostengünstig in Entwicklungsländern Klimaschutzmaßnahmen finanzieren (deren tatsächlicher Klimaeffekt oft höchst umstritten und auch schwer zu kontrollieren bleibt). Aufgrund dieser Form von „Ablasshandel“ stürzten die Börsenpreise für Verschmutzungszertifikate auf Ramschniveau. Ab 2020 will die EU deshalb die Verknappung der Zertifikate forcieren und jedes Jahr 2,2 Prozent davon vom Markt nehmen. Diese äußerst moderate Verknappung des Angebots an Verschmutzungsrechten steht natürlich in keiner echten Relation zu den notwendigen Reduktionen. Die bundesdeutschen Umweltverbände weisen etwa im Zusammenhang der Debatte um den Ausstieg aus der Kohleverstromung darauf hin, dass nach Untersuchungen von Finanzanalysten von „Carbon Tracker“ der Preis pro Tonne Kohlendioxid zwischen 45 und 55 Euro liegen müsste, um die Kohlekraftwerke auf diese Weise aus dem Markt zu drängen. Unterstellt wird hierbei natürlich wiederum ohne jeden konkreten Nachweis, dass eine entsprechende Substitution durch erneuerbare Energien ohne weiteres kurzfristig bewerkstelligt werden kann.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Mohssen Massarrat, „Sinns ‚Paradoxon‘ oder warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können“, in: Z 91 (September 2012), S. 1–2.

<sup>11</sup> Nick Reimer, „Attraktiv wie Schweinebauch“, in: Der Freitag, 31. Januar 2019, S. 15.

Abgesehen davon, dass der Zertifikatehandel in seiner bisherigen Form nichts zum Klimaschutz beigetragen hat, interessiert hier die Frage, ob er bei konsequenter politischer Ausgestaltung, das heißt bei einer ernsthaften Verknappung in genügend hohem Ausmaß, ein wirksames Instrument sein könnte. Ein Mangel dieses Systems besteht allein schon darin, dass nur ein Teil der Emittenten überhaupt in den Zertifikatehandel einbezogen ist (Kraftwerksbetreiber, große Industriebetriebe, usw.), dass er sich nur auf die Produktionsprozesse selbst beschränkt und weite Bereiche ausgespart sind, nicht zuletzt der Verkehr. Vor allem aber setzt der Zertifikatehandel die Logik der Profitmaximierung nicht außer Kraft, der einzelne Unternehmen innerhalb der kapitalistischen Ökonomie unterliegen. Er könnte sogar dazu führen, dass sich Kapitalkonzentrationsprozesse beschleunigen, das heißt, dass durch den Aufkauf einer großen Menge von Zertifikaten Konkurrenzunternehmen in die Knie gezwungen werden könnten. Die Wirkweise der Marktkräfte könnte so dafür sorgen, dass sich die Verschmutzungslizenzen in den Händen weniger großer Firmen konzentrieren. Wollte man diesen Effekt vermeiden, dann wäre ein riesiger Apparat von Kontrollen, Überwachungssystemen und Vorschriften nötig. Die Gefahr der Konzentration von Verschmutzungsrechten bestünde bei einem funktionierenden internationalen System noch in verschärfter Form im Verhältnis zu den einzelnen Ländern. Reiche Industrieländer mit hoher Kaufkraft könnten durch das Aufkaufen von Verschmutzungsrechten die globale soziale Kluft erheblich verstärken und sich auf Kosten der ärmeren Länder das Recht auf überproportionale Verschmutzung sichern.

Auf internationaler Ebene hätte eine Verknappung von Emissionsrechten durch den Zertifikatehandel zunächst denselben paradoxen Effekt wie die Reduktion der Nachfrage durch Ökosteuern: Sie würde die Anbieter fossiler Ressourcen zur Steigerung des Angebots veranlassen und damit sinkende Weltmarktpreise bewirken. Profitieren würden davon zunächst alle nicht in den Zertifikatehandel einbezogenen Länder. Eine Option wäre deshalb ein lückenloses System, das alle Verbraucherländer mit einbezieht, ein „Super-Kyoto“ gewissermaßen unter der Regie der Vereinten Nationen. Genau in diesem Sinne argumentiert ausgerechnet einer der führenden neoliberalen Ökonomen Deutschlands, Hans-Werner Sinn: „Wenn sich alle Verbraucherländer einer Mengenbeschränkung unterwerfen, dann finden die Ressourcenanbieter für ihr Angebot keine Nachfrage und müssen sich beugen, ob sie es wollen oder nicht.“<sup>12</sup> Bei diesem lückenlosen Nachfragekartell würden die Preise für alle Verbraucherländer aufgrund der Konkurrenz der Ressourcenanbieter sogar sinken. Eine Reduzierung der Emissionen ginge also mit einer erheblichen Preissenkung einher. Nicht ausgehebelt würde allerdings dadurch der bereits zuvor genannte Mechanismus, dass sich die Länder mit größerer Kaufkraft entsprechend mehr Verschmutzungsrechte aneignen können, was zu einem verteilungspolitischen Desaster führen würde. Mohssen Massarrat macht überdies darauf aufmerksam, dass ein solches lückenloses Nachfragekartell nichts anderes als ein imperialistisches Enteignungsregime der Verbraucherstaaten zu Lasten der Ressourcenanbieter wäre. Deshalb ist es auch illusorisch, dass die Anbieterländer auf UN-Ebene einem solchen System zustimmen würden. Er plädiert deshalb für die Alternative einer globalen Kooperation unter fairer Einbeziehung der Exportländer fossiler Energien. Eine politisch definierte Mengenregulierung auf globaler Ebene könnte über festgelegte Zeiträume die Angebotsmenge von Kohlenstoffen (Erdöl, Gas, Kohle) unter den Ressourcenstaaten aufteilen. Diese Regulierung auf der Angebotsseite würde einerseits für Planungssicherheit und Fairness zwischen Anbietern und Verbrauchern sorgen, andererseits ist dieser Ansatz aufgrund seiner Praktikabilität erfolgversprechend: Die Zahl der Anbieterländer ist recht überschaubar. Etwa zwanzig Exportländer fossiler Ressourcen und etwa hundert Vermarktungskonzerne wären in ein solches System einzubeziehen. Massarrat will allerdings lediglich

---

<sup>12</sup> Hans-Werner Sinn, *Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik*, Econ, Hamburg 2009, S. 417.



die für entsprechende Zeiträume zur Verfügung stehende Gesamtmenge politisch festlegen, alles Weitere aber dann den Marktkräften überlassen.<sup>13</sup> Doch wenn man den Maßstab der klimapolitisch tatsächlich erforderlichen Reduktionen zugrunde legt und die Angebotsverknappung ernsthaft daran orientiert, wenn man sich dessen bewusst ist, dass dieses knapper werdende Angebot bei weitem nicht durch Effizienzsteigerungen und Substitution erneuerbarer Energiequellen zu kompensieren ist, dann erscheint es höchst fraglich, ob die Marktmechanismen hier noch für eine optimale Verteilung der knappen Ressourcen sorgen können und ob dies nicht zwangsläufig zu drastischen „Fehlallokationen“ führen muss.

### **Ein schrumpfender Kapitalismus?**

Entlarvend genug scheint es mir zu sein, dass etliche der Zweckoptimisten, die von der Möglichkeit einer hinreichenden Entkoppelung des BIP-Wachstums vom Energie- und Ressourcendurchsatz bzw. von schier unbegrenzten Potenzialen erneuerbarer Energien ausgehen, ein Nullwachstum bzw. sogar eine Schrumpfung der Ökonomie zumindest in Erwägung ziehen und – sozusagen „hilfsweise“ – dafür argumentieren, dass eine solche im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie denkbar wäre. Die redlicheren unter den bürgerlichen Ökonomen lassen aber erhebliche Zweifel daran erkennen, ob eine Ökonomie, die zumindest nicht mehr wachsen darf, noch unter kapitalistischen Vorzeichen realisierbar ist. Stellvertretend hierfür sei der bereits erwähnte Niederländer Hans Opschoor zitiert: „Die gründlichste Politik zur Verhinderung des Wachstums wäre, die Unsicherheit des (Welt-)Marktes und die Konkurrenz zu reduzieren. Da dies aber *den Kern unseres Wirtschaftssystems infrage stellt* und da der Glaube an die Existenz von Alternativen zu diesem System rapide abnimmt, kann man nur hoffen, dass die ökologische Krise überwunden werden kann, ohne derartig fundamentale Veränderungen in Betracht ziehen zu müssen.“<sup>14</sup> Eine eitle Hoffnung, meine ich.

Auch der weiter oben (S. ■) ausführlicher besprochene Franz Groll rechnet schließlich mit der Notwendigkeit von Nullwachstum und Schrumpfung (besonders in Branchen mit hohem Energieverbrauch wie der Automobil- und Luftfahrtindustrie, usw.), meint aber, das stelle für die kapitalistische Ökonomie unter der Voraussetzung kein Problem dar, dass sie sich langfristig genug auf geringere Gewinnmargen einstellen kann. Statistisch versucht er das dadurch zu untermauern, dass er nachweisen will, es habe in der Vergangenheit keine klare Korrelation zwischen Wachstumsraten des BIP und der Anzahl der Insolvenzen gegeben. „Null-Wachstum“ setze voraus, dass alle Einkommensarten, also Löhne, Transferleistungen, Renten, aber auch Kapitalgewinne, konstant blieben. Groll scheint hier den Widerspruch zu einer kapitalistischen Ökonomie, in der die einzelnen Kapitalien „bei Strafe des Untergangs“ (Karl Marx) gezwungen sind, ihre Profite zu steigern, einen möglichst hohen Anteil der Kapitalrendite zu reinvestieren und sich so der Konkurrenz gegenüber einen Vorteil zu verschaffen, um im Wettbewerb zu bestehen, wenigstens zu erahnen, wenn er die Notwendigkeit der planerischen Intervention in den freien Markt folgendermaßen ins Auge fasst: „Offen ist noch die Frage, wie die Konstanz des Kapitalertrags überwacht und eingehalten werden kann, denn der Gewinn eines Betriebes kann ja nicht wie ein Gehalt fixiert werden.“<sup>15</sup> Groll verkennt aber völlig den Charakter von Kapitalprofiten und den Zwang zur steigenden Kapitalakkumulation unter Konkurrenzbedingungen! Der Konkurrenzdruck stellt für ihn lediglich einen von vielen

---

<sup>13</sup> Mohssen Massarrat, „Sinns ‚Paradoxon‘ oder warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können“, in: Z 91 (September 2012), S. 15–16.

<sup>14</sup> Johannes B. Opschoor, *Environmental Taxes and Incentives*, Centre for Science and Environment, New Delhi 1991, S. 21–22; Hervorhebung von mir.

<sup>15</sup> Franz Groll, *Der Weg zur zukunftsfähigen Gesellschaft. Die solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Alternative zum Kapitalismus*, VSA Verlag, Hamburg 2013, S. 62.

Nebenfaktoren dar, die das Wachstum erzwingen. Zusammenfassend stellt er – m. E. wenig überzeugend – fest: „Eine Wirtschaft – auch eine Marktwirtschaft – ohne Wachstum, ja sogar mit einer erwarteten und geplanten Schrumpfung der wirtschaftlichen Aktivitäten, ist möglich, allerdings nicht unter den Bedingungen einer kapitalistischen, freien Marktwirtschaft ...“<sup>16</sup> Groll bleibt dann allerdings die konkrete Antwort darauf schuldig, wie und mit welchen Maßnahmen unter den Bedingungen von Schrumpfung in diesen Markt zu intervenieren wäre und ob das Ergebnis dann noch freie Marktwirtschaft heißen könnte. Dass seine Position weniger einer ernsthaften Prüfung der Möglichkeiten, sondern eher dem ideologischen Vorurteil entspringt, „dass nicht sein kann, was nicht sein darf“, gibt er in folgender Formulierung zu erkennen: „Wenn der Ausstieg aus dem Wachstumszwang in einer Marktwirtschaft nicht möglich wäre, dann müssten wir uns ein völlig neues Wirtschaftssystem ausdenken ...“<sup>17</sup> Das heißt: Wir müssten uns dann tatsächlich vom Dogma verabschieden, dass der Kapitalismus alternativlos sei.

Herman Daly, ein Schüler von Nicholas Georgescu-Roegen, geht davon aus, dass die Ökonomie unter der Bedingung der Notwendigkeit der Ressourcenreduktion um den Faktor 10 schrumpfen muss<sup>18</sup>, bis sie schließlich einen Zustand des stabilen Gleichgewichts („steady state“) erreicht. Er will die Grundlagen des privatwirtschaftlichen Kapitalismus weitgehend unangetastet lassen und schlägt lediglich drei Bereiche der politischen Regulierung vor: Übertragbare Gebälizenzen (sic!) sollen die Bevölkerungszahl stabilisieren, Abbauquoten für bestimmte Rohstoffe sollen festgelegt und schrittweise reduziert werden, um den Bestand der vorhandenen technischen Ausrüstung zu sichern, und für individuelle Einkommen sollten fixe Ober- und Untergrenzen festgelegt werden. Alles andere darüber hinaus soll der freien Entfaltung der Marktkräfte überlassen werden können, denen er zunächst grundsätzlich zutraut, die effizienteste Zuteilung der Quoten sicherzustellen. Auf der Makro-Ebene will er auf diese Weise die nötigen Reduktionen gewährleisten, um gleichzeitig auf unterer Ebene ein Höchstmaß an Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und persönlicher Freiheit zulassen zu können. Ein wichtiges Gestaltungsprinzip dieses Modells ist der ermöglichte „Fehlerspielraum“ zwischen der tatsächlichen Belastung der Umwelt und deren maximaler Tragfähigkeit. Doch wie weit ist es möglich, einen solchen Spielraum unter den Bedingungen einer schrumpfenden Wirtschaft oder einer Steady-state-Wirtschaft auf niedrigem Niveau zu wahren, die sich im wesentlichen auf erneuerbare Ressourcen stützen muss? Je weniger Überfluss vorhanden und je knapper die verfügbaren Mittel sind, umso geringer wird dieser Spielraum. Herman Daly selbst gesteht ein: „Je mehr sich das Tatsächliche dem Maximum nähert, desto geringer ist der Fehlerspielraum und *desto rigoroser, feiner abgestimmt und mikroorientierter müssen unsere Kontrollen sein.*“<sup>19</sup> Saral Sarkar bringt es auf den Punkt, wenn er dazu bemerkt: „Nun, dann hätte eine freie Marktwirtschaft keine Erfolgchance. Das ist ein Plädoyer für umfassende Planung.“<sup>20</sup> Sarkar zeigt anhand von erhellenden Zitaten von Autoren wie Herman Daly, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Rainer Loske, John Cobb, Andrew McLaughlin u. a. auf, wie sehr sie sich in ihrer Argumentation in Widersprüche verfangen und wie sehr sie zwischen Plädoyers für die kapitalistische Marktwirtschaft und Zugeständnissen von Planungsnotwendigkeiten oszillieren.<sup>21</sup>

Daly und andere behaupten, sowohl in einer schrumpfenden als auch in einer Steady-state-Wirtschaft wären weitere Unternehmensprofite möglich. Wenn wir nun mit Schmidt-Bleek, Loske und anderen

---

<sup>16</sup> Ebd., S. 66.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Eine Schrumpfung des Ressourcenverbrauchs in dieser Größenordnung hat vor allem Friedrich Schmidt-Bleek als notwendige Voraussetzung für Nachhaltigkeit aufgewiesen. Vgl. Friedrich Schmidt-Bleek, *Wieviel Umwelt braucht der Mensch?, mips – Das Maß für ökologisches Wirtschaften*, Springer, Basel 1993.

<sup>19</sup> Herman Daly, *Steady-State Economics*, Island Press, San Francisco 1973, S. 51; Hervorhebung von mir.

<sup>20</sup> Saral Sarkar, *Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen*, Rotpunkt, Zürich 2001, S. 263.

<sup>21</sup> Ebd., S. 274–286.

von der Notwendigkeit der Ressourcenreduktion um den Faktor 10 (also auf ein Zehntel des heutigen Verbrauchs) ausgehen, dann würde das zunächst im extraktiven Sektor der Ökonomie (Bergbau, Öl- und Gasförderung, Holzwirtschaft, usw.) zu einer starken Rezession führen. Dies zöge aber auch unweigerlich eine Kapitalvernichtung (im finanziellen Sinne!) großen Stils in den Wirtschaftszweigen nach sich, die (mineralische) Rohstoffe verarbeiten und fossile Energie verbrauchen. Das in den Maschinen und Produktionsanlagen „gespeicherte“ Kapital würde entwertet. Die Profiterwartungen und damit die Investitionsneigung gingen entsprechend zurück, eine lang anhaltende, allgemeine Wirtschaftskrise (die natürlich unweigerlich auch den Dienstleistungssektor betreffen müsste), schulökonomisch gesprochen: eine tiefe Depression wäre die Folge. Dagegen setzen Daly und andere mit Verweis auf vergangene Krisen auf die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen, sofern die Reduktionen nach und nach erfolgen. Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied zu früheren Krisensituationen: Sie fanden allesamt im Kontext eines allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums statt, auf jede Krisenperiode folgte eine Periode des Aufschwungs. Genau dies aber wird nun, unter den Bedingungen der Schrumpfung bzw. des stabilen Gleichgewichts, nicht mehr der Fall sein. Die Entwertung eines großen Teils des Kapitals, noch bevor es sich amortisieren konnte, und die schwindende Möglichkeit der Reinvestition von Kapital schaffen eine völlig andere Situation. Lediglich unter der Voraussetzung allgemeinen Wachstums führt die kapitalistische Konkurrenz nicht zur Vernichtung von Einzelkapitalien in großem Stil. In einer Steady-state-Wirtschaft geht der Profit des einen Unternehmens zwangsläufig auf Kosten des Konkurrenzunternehmens.

Entscheidend aber ist vor allem: Die Effizienz, die Verteidiger der kapitalistischen Marktwirtschaft gerade dem Markt zubilligen, setzt sogenannte Käufermärkte, also eine gut funktionierende Konkurrenz unter Anbietern, voraus, die bei einer steigenden Nachfrage auch das Angebot entsprechend steigern können. Unter den Bedingungen allgemeiner Schrumpfung aber hätten wir es mit „Verkäufermärkten“ zu tun, das heißt, dem allmählich abnehmenden Angebot von Gütern und Dienstleistungen stünde eine vergleichsweise überproportionale Nachfrage gegenüber. Auch wenn die Einkommen im selben Maße schrumpfen, sind ja Ersparnisse und akkumuliertes Kapital aus der Vergangenheit vorhanden. Unter diesen Bedingungen generiert der Markt nicht länger mehr Effizienz, und Preissteigerungen (Inflation) wären das Resultat. Lediglich im Bereich Primärenergie und Primärrohstoffe herrschte ein Käufermarkt.

Die Festlegung klarer Reduktionsziele und entsprechender Zeitpläne wäre eine politische Aufgabe. Wenn man den Rest aber dem Markt überlässt, dann ergibt sich Daly zufolge daraus die Gefahr der Konzentration der Abbauquoten in den Händen einiger weniger großer Monopole. Um dies zu vermeiden, will er einen deutlichen Schritt weitergehen. Der Staat hätte in einem bestimmten Rahmen auch für die Zuteilung der Quoten oder der Menge einer bestimmten Ressource an einzelne Unternehmen einer bestimmten Industriebranche zu sorgen und die „legitime Größendegression“ festzulegen, um die Macht von Monopolen einzuschränken. Saral Sarkar meint dazu: „Ich bin davon überzeugt, dass diese staatlichen Aktivitäten – Festlegung der Ziele durch die Zentralregierung, Zeitplanung, Festlegung der Abbau- und Emissionsquoten (-lizenzen), Bestimmung ihrer periodischen Reduktionsrate, Rationierung der Quoten und Lizenzen für die Unternehmen, Schutz der nationalen Industrien vor auswärtiger Konkurrenz – in allen Industrieländern zur Erreichung unserer Ziele absolut notwendig sind. Ich frage mich aber, wie viel Marktwirtschaft bei all diesen staatlichen Aktivitäten noch übrig bleiben würde.“<sup>22</sup> In genau demselben Sinne merkt Andrew McLaughlin an: „An welchem Punkt wird die politische Regulierung wirtschaftlicher Entscheidungen das System Kapitalismus in ein fundamental anderes verwandeln? [...] wenn die gesamte Wirtschaft einer

---

<sup>22</sup> Ebd., S. 273.

Gesellschaft zu einem großen Monopol würde, könnte der Imperativ des Wachstums vermieden werden. Aber eine solche Gesellschaft wäre nicht länger kapitalistisch.“<sup>23</sup>

Selbst die glühendsten Verfechter der kapitalistischen Marktwirtschaft gestehen ein, dass die Marktmechanismen nur unter bestimmten Rahmenbedingungen für ein Höchstmaß an Effizienz sorgen: Es muss ein genügend großes, vielfältiges und ausdifferenziertes Angebot an Waren bestehen, die Produktivität muss hoch und die Produktion insgesamt ausdifferenziert sein und die Marktteilnehmer müssen mit genügend großer Flexibilität auf Preissignale reagieren können. Meines Erachtens sind diese Bedingungen selbst in einer kapitalistischen Überflussgesellschaft nicht gegeben, weil bestimmte Grundbedürfnisse des Menschen (Essen, Wohnen, usw.) nicht zur Disposition stehen und dessen Freiheit als Konsument einschränken. Die entsprechenden neoliberalen Gleichungen, denen zufolge etwa Lohnkosten eine Variable bilden, die im Extremfall nach Null tendieren kann, entlarven dies hinlänglich. Umso mehr trifft das natürlich unter den Voraussetzungen allgemeiner Knappheit essenzieller Rohstoffe und Energieressourcen zu. In einer Situation von Knappheit als Ergebnis ökonomischer Schrumpfung würde die Marktlogik für entsprechende Preissteigerungen sorgen, und bestimmte Güter stünden in ausreichender Menge nur den Menschen mit genügend Kaufkraft zur Verfügung. Planung in einer zwangsläufig schrumpfenden Wirtschaft kann deshalb nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sofern man nicht schwerwiegende Verwerfungen riskieren will. Bei freiem Walten der Marktkräfte besteht die Gefahr, dass die immer knapper werdenden Rohstoffe und Energieressourcen dahin fließen, wo noch entsprechende Kaufkraft vorhanden ist, dass sie sich in wenigen Händen konzentrieren und folglich an anderer Stelle, an der sie möglicherweise wesentlich dringender gebraucht werden, fehlen. Unter Knappheitsbedingungen kann der Markt nicht mehr für eine annähernd optimale Zuteilung der Ressourcen sorgen. Schwerwiegende sogenannte „Fehlallokationen“ wären die unausweichliche Folge. Die geplante Reduktion des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen muss also mit weiteren Planungsschritten – detaillierteren Mengenregulierungen, Rationierungen Zuteilung von Quoten, Preiskontrollen, usw. – einhergehen. Letztlich wird eine wirtschaftliche Gesamtrahmenplanung und eine politische Verständigung darüber, was, wie und wie viel produziert wird, erforderlich sein.

Es lässt sich also aus den aufgezeigten Grenzen marktwirtschaftlicher Instrumente das folgende Fazit ziehen: Eine nachhaltige, die elementaren Lebensgrundlagen sichernde Wirtschaft darf nicht nur nicht wachsen, sie muss schrumpfen mit dem Ziel, ein verträgliches Niveau des „steady state“, das heißt eines stationären Gleichgewichts, zu erreichen. Natürlich ist dies mit der dem Kapitalismus eingeschriebenen Wachstumslogik nicht mehr zu vereinbaren. Die erforderliche ökonomische Abrüstung kann nur in bewusster Planung erfolgen. Die Rohstoff- und Energieverknappung und das Einhalten ökologischer Mindeststandards führen unweigerlich zum Wegbrechen ganzer Industriebranchen. „Marktkonforme“ Steuerungsversuche müssen hier zwangsläufig versagen. Die fiskalische Lenkung der Nachfrage etwa durch Besteuerung kann nur die soziale Kluft verschärfen und dazu führen, dass „unökologisches“ Verhalten eben einer reichen Elite vorbehalten bleibt. Der freie Handel mit limitierten Verschmutzungsrechten kann unter kapitalistischen Bedingungen nur zu krassen Fehlallokationen führen. Eine Steuerung des Ressourcenangebotes, Mengenregulierungen für Energie und Rohstoffe müssen mit Preiskontrollen und einer Rahmenplanung einhergehen, die Produktion und Verbrauch lenkt. Was, wie und wie viel produziert wird, kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss – auf möglichst demokratische und partizipative Weise – bewusst organisiert werden. Die mit viel medialer Unterstützung geschürten Illusionen in Bezug auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien muten wie die hilflosen Abwehrversuche der sich aufdrängenden Konsequenz eines *ökologischen Sozialismus* an.

---

<sup>23</sup> Andrew McLaughlin, „Ecology, Capitalism, and Socialism“, in: *Socialism and Democracy* 10 (1990), S. 75–79.

